

Bocholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumsparlei

Ämtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Ämter Rheide, Dingden, Viedern und Werth

51. Jahrgang

Montag, den 20. März 1922

Nummer 66

Unsere Kulturpolitik.

CPG. Berlin, 18. März.

Die Verhandlungen über den Haushalt des preussischen Kultusministeriums, die in der vergangenen Woche zu Ende geführt wurden, haben wieder einmal vor der Öffentlichkeit ein Bild entworfen, von dem Kämpfen um die Kulturfragen, die sich sonst in den Ausschüssen und unter der Oberfläche des Parteilebens abspielen. Da vor allem durch die Schule der Staat den größten Einfluß auf Kultur und Bildung des Volkes ausüben kann, stand die Schulfrage im Vordergrund. Während bis zur Revolution durch die Abschaffung des Königs und des Herrenhauses der Einfluß des Landtages auf diese Fragen relativ gering war, so hat die Neuordnung der Dinge dem Volksparlament große Machtbefugnis in dieser Frage übertragen, wenn auch das Reich durch die Weimarer Verfassung gewisse Richtlinien festgelegt hat. Da die neue Staatsordnung dem Volke größere Rechte, aber auch größere Pflichten übertragen hat, so ist es selbstverständlich, daß gerade in der Schule, sowohl in der Volksschule, als auch in den höheren Schulen, die Jugend zur Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen Pflicht erzogen werden muß. Darin sind sich alle Parteien einig; ihr gemeinsames Ziel ist. Die Erziehung zum guten Staatsbürger. Loß in der Art und Weise, wie dieses Ziel erreicht werden soll, sind ihre Meinungen von Grund aus verschieden. Es sind die Weltanschauungen, die hier trennen; drei Richtungen sind es, die bei den Debatte im Landtag sich geltend machen: Die christliche Weltanschauung, die unbedingt an der konfessionellen und christlichen Schule festhält, die materialistisch-jogistische Auffassung, die jegliche Religion, sei es in offener oder verdeckter Form, aus der Schule verbannen will und eine vernünftige Richtung, deren Halbes jedoch keinen beibringt. Dieser Kampf ist aber nicht nur ein Kampf um die Form, sondern vielmehr ein Kampf um die Erziehung der Weltanschauung oder besser gesagt, um die zukünftige Macht der Weltanschauung. Denn liegt die eine oder die andere Richtung, dann bedeutet das für den unterliegenden Teil den Untergang, weil, wer die Schule hat, die Zukunft besitzt. Die Demokratisierung des Staates hat jedoch auch noch andere Fragen aufgeworfen, denen zwar nicht die Bedeutung zukommt, wie dem Kampf um die christliche oder die weltliche Schule, die aber dennoch eine große Bedeutung besitzen. Es ist die Forderung nach organischer Verbindung der Volksschule mit der höheren Schule. Es soll den talentvollsten Schülern der Lust zu höheren Lehranstalten möglich gemacht werden, die sich organisch an das Programm der Volksschule anschließen. Weiter muß der Frau, der ja durch die Revolution grundsätzliche Gleichstellung mit dem Manne gewährt worden ist, in der Schule die Möglichkeit geboten werden, sich so auszubilden, daß sie nicht nur ihre Pflicht als Frau, sondern auch als vollberechtigte Bürgerin des Staates erfüllen kann. Das bedingt eine grundsätzliche Neuordnung der Mädchenschulen. Die Voraussetzung zur Lösung dieser Schulfragen ist jedoch eine Neuordnung der Lehrerausbildung. Diese Frage nahm daher einen weiten Raum bei den Verhandlungen ein. Der Widerstand eines großen Teiles der Lehrerschaft gegen die Seminausbildung findet bei den Abgeordneten vielfach Zustimmung und der Gang der Ereignisse hat dazu geführt, daß die Lehrerseminare aufgelassen zum Tode verurteilt sind. Vollgültigen Erfolg hat man jedoch noch nicht gefunden, wie überhaupt über der ganzen Schulfrage ein ungünstiges Gewas schwebt. Zunächst ist es die finanzielle Abhängigkeit des Staates vom Reiche, die jeglicher Erneuerung nach jeder Richtung hin große Schwierigkeiten bereitet. Denn das Reich kann unter den obwaltenden Verhältnissen nicht genügend Mittel zu einer wirklichen Neuordnung zur Verfügung stellen. Dann aber ist das in der Verfassung vorgesehene Reichsgesetz über die Neuordnung der Schulen noch nicht erlassen und darf der Staat die zur endgültigen Festlegung dieser normativen Gesetzesbestimmungen des Reiches keine wesentliche Veränderung der bestehenden Schulverhältnisse vornehmen. Aber auch die Parteien selber scheitern vor einem Schulkampf zurück, der unbedingt mit großer Schärfe entbrennen muß, wenn einmal die ganze Schulfrage zur endgültigen Entscheidung aufgestellt wird. So befürchten sich denn bei den Diskussionen die Behandlung der Angelegenheit auf grundsätzliche Meinungsäußerungen, Kritiken an gemachten Versuchen und Vorschlägen von neuen Plänen. Eine andere kulturpolitische Frage von an sich wichtiger Bedeutung wurde nur mehrmals gestreift: Das Verhältnis von

Kirche und Staat. Man darf wohl sagen, daß die Parteien im allgemeinen ruhig und objektiv darüber urteilten und daß sie wegen der augenblicklichen schwierigen Lage eine Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat für unangebracht hielten. Es sind also die äußeren Verhältnisse, die beschwichtigend die Geister des Streites in kulturpolitischen Angelegenheiten bannen. Wenn aber einmal dieses Verhältnis anders geworden sind, dann wird ein Kampf ausbrechen von solcher Heftigkeit, wie ihn nur eine abgrundtiefe Verschiedenheit der Weltanschauung hervorrufen kann und den wir nur dann siegreich bestehen können, wenn wir uns schon jetzt dafür rüsten mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen. Dann wird die christliche Weltanschauung, die auf dem letzten Parteitag als diejenige des Zentrums bezeichnet worden ist, zum Siege gelangen.

Das deutsche Wirtschaftsleben

geht in Handel, Produktion und Absatz so unheimliche Jüge, daß es nicht leicht ist, ein klares Bild über die Gesamtlage zu gewinnen. Wenn die Lage auf dem Arbeitsmarkte allein Maßstab für unsere wirtschaftliche Konjunktur wäre, so könnte man

unser Lage als recht günstig auffassen. In der ersten Märzhälfte hat nämlich die Arbeitslosigkeit in den meisten Gewerbebezirken eine weitere Verminderung erfahren. Man kann von einer ständig wachsenden Zunahme der Arbeitslosigkeit nicht nur für gelernt, sondern auch für ungelernte Arbeitskräfte sprechen. Inwieweit es aber möglich sein wird, alle diese Arbeitskräfte so zu entlohnen, daß sie bei ihrer Lebenshaltung mit der immer noch weiter steigenden Teuerung der Lebensmittel, der Bekleidung und des Hausbrandes Schritt zu halten vermögen, ist eine Frage, die sich zu einem

immer unüberwinderlichen Problem ausweicht. Daß in den meisten Industriezweigen ein so reges Leben herrscht, ist keineswegs auf eine gesunde wirtschaftliche Aufwärtsbewegung zurückzuführen, sondern ist mehr auf

Angstbefürchtungen

des inländischen Großhandels und der inländischen großen Detailfirmen zurückzuführen. Man fürchtet, daß mit dem weiteren Sinken des Marktwertes und der stärksten steuerlichen Belastung der Industrie bezw. durch das weitere Sinken der ausländischen Rohstoffpreise die Waren sich in hartem Grade verteuern werden. Man sucht daher sich möglichst rasch und reichlich einzudecken, damit man noch Ware zu einem Preise erhält, der für die Inlandsverbraucher erschwinglich ist. Das Schreckgespenst des Käuferpreises schwebt den Einzelhändlern erneut vor Augen. Leider kommt zu dieser eigenartigen Lage auf dem Inlandsmarkt noch hinzu, daß der Einzelhandel namentlich im besetzten Westen Deutschlands und in Oberschlesien von der fremdländischen Besatzung zu Gelegenheitskäufen in einem Maße ausgenutzt wird, daß sich dem deutschen Verbraucher mit seiner armenigen Marktsituation oft das Herz zusammenklopft, wenn Engländer, Franzosen und Belgier und nicht zuletzt auch Holländer bei uns zu einem Wahrschafften

Spottpreise Waren erziehen.

Ein Widerstand gegen diese Einzelkäufe ist nicht möglich, da nur das gewerbsmäßige Verschleßen der Ware verfolgt werden kann. Und auch das ist schwer, denn es gibt genug Einzelhändler, die unter der Hand valutaräufigen Auslandskäufern dienbar sind. Im großen und ganzen kann man aber heute feststellen, daß unsere deutschen Industrien den ausländischen Käufern gegenüber weit größere Zurückhaltung beobachten, als früher. Diese Beobachtung machen wir vor allen Dingen auf unseren deutschen Werten, auf welchen unsere Fabrikanten nicht mehr die Torheit begehen, in Markboluta zu verkaufen und ihre Waren geradezu verschleßen. Die fremden Käufer, die jetzt auf die Leipziger Messe gekommen sind, müßten erfahren, daß

Der deutsche Michel doch etwas hinzugekriegt

hat. Man verkauft den Ausländern durchweg nur noch in der Währung ihres Landes. Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß die Leipziger Messe gewissen Ausländern die Lektion erteilt, daß die deutsche Industrie sich nicht mehr als „Billiger Jakob“ ausbeuten läßt. Die Reichsliste ist freilich

zunächst, daß Aufträge in großem Umfange nur erfolgen, wenn die Orders in Markwährung vereinbart werden. Da wir trotz des Umstandes, daß die meisten Rohstoffe für uns insolge des erhöhten Goldpreises den Weltmarktpreis erreicht haben, durch die verchiedene Höhe der Arbeitslöhne im In- und Ausland

immer noch billiger

fabrizieren als die ausländische Konkurrenz, so kommt für die Ausländer in den Fällen, wo Orders gerätigt werden, immer noch ein vorzügliches Geschäft zuhande. Mit dem weiteren Anwachsen der Herstellungskosten, der Steigerung der Roh- und Kokspreise, der Preise für Eisen und Stahl und namentlich aller aus dem Auslande kommenden Rohstoffe wird unsere Konkurrenzfähigkeit im Auslande natürlich immer mehr erschwert. Auch dürfte das Wiesbadener Sachabkommen wie die Sachlieferungen an den Verband überhaupt,

unser Stellung auf den Auslandsmärkten mehr und mehr ungünstig beeinflussen, sofern es nicht gelingt, durch rationelle Maßnahmen die Intensität unserer Produktion so gewaltig zu steigern, daß die Sachlieferungsleistungen durch die erhöhte Gesamtproduktion ausgeglichen werden.

Deutschlands gefährdete Kohlenversorgung.

1: Berlin, 19. März. Im Hauptausschuß des Reichstages wurde bei der Eatsberatung des Reichswirtschaftsministeriums die Tätigkeit des Reichskommissariats für die Kohlenverteilung eingehend besprochen. Auf Darlegungen der Abg. Hue (Soz.) und Dr. Wieland (Dem.) erwiderte Reichswirtschaftsminister Schmidt, daß betreffs der Kohlenversorgung der deutschen Industrie die Wirkungen des Spaaabkommens allgemein offensichtlich seien. Jeder abgelieferte Waggon Reparationskohle füge naturgemäß dem deutschen wirtschaftlichen Wiederaufbau schweren Schaden zu. Zu der Frage, in welchem Ausmaß die Braunkohlenförderung gestiegen sei und ob nicht durch die erhöhte Braunkohlenförderung ein gewisser Ausgleich gegenüber dem Verbrauch an Steinkohlen geschaffen worden sei, erklärte der Minister, daß erfreulicherweise allerdings die Braunkohlenförderung erheblich gesteigert worden sei. Kohlenbraunkohlen seien genügend vorhanden, aber es mangle an brilletierten Braunkohlen, die bedeutend mehr Heizwert hätten. Die Preisverhöhungen bedauerte der Minister. Es sei klar, daß die Erhöhung der Brennstoffe ihre Rückwirkung auf die Gesamtindustrie ausüben würde. Was die Ausfuhr von Braunkohlen anbelange, so stehe er auf dem Standpunkte, daß man sich einer solchen nicht entgegenstellen dürfe, sofern darunter die Versorgung der eigenen Industrie nicht leide. Das Land habe alles Interesse daran, Rohstoffe, die mit Devisen bezahlt würden, herauszulassen. Daß trotzdem die Einfuhr von englischer Kohle gestattet werde, widerspreche diesen Ansichten durchaus nicht. Der Minister hat keine Bedenken, für die deutsche Exportindustrie englische Kohlen heranzulassen, denn diese Exportindustrien brächten für ihre ausgeführten Artikel Devisen herein. Auf die Behauptung des Abg. Hue, daß der Hauptanteil an den Kohlenpreiserhöhungen in die Taschen der Kapitalisten fließe, und deshalb für die Bergarbeiter kein Grundbesteh, Mitharbeit zu leisten, erklärte der Reichskohlenkommissar, Geheimrat Stug, daß es ja auch fiskalische Begehr gebe, bei denen der erhöhte Gewinn reiflos der Allgemeinheit zugute käme. Der Herr Abgeordnete möge dann doch wenigstens die Arbeiter dieser fiskalischen Begehr aufzählen, ihre Förderung zu steigern. Daß gegenwärtig in Deutschland eine erhebliche Kohlennot bestehe, gehe schon aus einer Vergleichung der Kohlenvorräte bei den Eisenbahnen deutlich hervor. Während in der Vorkriegszeit die Eisenbahnbestände an Kohlen durchschnittlich für 8 bis 9 Wochen ausreichten, hatten jetzt einzelne Direktionen kaum für 3 bis 4 Tage Vorrat. Da gegen lange jetzt der Eisenbahnvorrat an Kohlen in Frankreich durchschnittlich für zwei Monate. Was die Bevorratung Deutschlands betreffe, so werde jetzt auf dem Rhein verladen, was nur irgend möglich sei. Die tägliche Ladungsleistung, die 40 000 bis 50 000 Tonnen be-

trage, sei für die Nachkriegszeit beifpieilos. Dr. Reichert (D. N.) stellt fest, daß Frankreich die Kohlenforderungen seit dem Sommer 1921 auf das Dreifache gesteigert habe. Die Kohlennot ist jetzt so groß wie in den schlimmsten Zeiten seit dem Kriege.

Bei der nun folgenden Abstimmung wurde vom Hauptausschuß eine Entschlieung der Abg. Dr. Wachnide (Dem.), Dr. Wieland (Dem.), Dauch (D. N.) angenommen, wonach die Regierung auf eine erhebliche Steigerung der Kohlenproduktion hinwirken und ferner für den schnelligsten Abtransport der Lagerbestände von Kohlen und Koks gesorgt werden soll. Auch müsse auf Ansammlung von Kohlen- und Koks vorräten in Süddeutschland und auf eine Verbesserung der Qualität der Kohle hingearbeitet werden. Die Mittel des Reichskommissars für Besoldungen und Löhne an nichtbeamtete Personen wurden durch Beschluß des Hauptausschusses um 5 Millionen gekürzt. Damit war die Beratung über den Reichskommissar für Kohlenverteilung beendet und der Ausschuß wandte sich dem Etat des Statistischen Reichsamtes zu. Nach ausführlicher Darstellung des Direktors des Statistischen Reichsamtes und des Abg. Bahr (Dem.), genehmigte der Hauptausschuß den Etat des Statistischen Amtes und verlegte sich auf Montag.

Brennkühler Landtag.

1: Berlin, 19. März. Auf der Tagesordnung der gestrigen Landtagssitzung steht die zweite Beratung des Haushalts der Forstverwaltung.

Abg. Wende (Soz.) bedauert, daß zu Wohnungsbauten und Kulturarbeiten nicht größere Mittel in den Etat eingestellt worden sind. Durch Staatsaufsicht müsse dafür gesorgt werden, daß auch die Privatforsten sachgemäß bewirtschaftet werden und kein Raubbau dort getrieben werde.

Abg. Held (D. N.) spricht der Forstverwaltung Anerkennung aus für das günstige Ergebnis ihrer Wirtschaft. Er wünscht die baldige Vorlegung eines Forstkulturgeetzes.

Abg. Schmeijer wünscht eine bessere Durchführung der Forstnebennutzungen. Die vermehrte Holzausbeute konnte beträchtliche Mittel erbringen.

Abg. Streefe (Dnt.) verlangt eine Verminderung der Holzausfuhr und ist gegen die hohen Holzpreise. Ein besseres Verhältnis zwischen Forstern und Oberförstern sei dringend zu wünschen, ebenso zwischen Forstern und Arbeitern. (Beifall links.)

Minister Dr. Wendorff: Die Forstverwaltung wird dauernd bestrebt sein, aus den Forsten die höchstmöglichen Erträge herauszuholen unter Wahrnehmung des Wertes unserer Wälder. Dieses Bestreben hat auch schon Erfolg gehabt. In gleicher Weise haben wir den Ertrag aus den Nebennutzungen gesteigert. Waldweide und Waldstreunung wird nur in Notjahren der Landwirtschaft ausnahmsweise gewährt. Es war nicht möglich, die Siedlungsgemeinschaften mit Bauholz vorzugsweise zu beliefern. Das Waldwirtschaftsministerium hat dagegen Einspruch erhoben aus rechtlichen Gründen. Der Bedarf dieser Gesellschaften wird aber auf anderem Wege in befriedigender Weise gedeckt. Die Privatforsten bedürfen einer staatlichen Beaufsichtigung, damit die abgeholzten Flächen wieder aufgeforstet werden. Das Forstkulturgez ist so gut wie fertiggestellt.

Abg. Barteld (Dem.) bittet die Verwaltung, den Wünschen der Gemeinden entgegen zu kommen, ist aber gegen den Antrag, bei Verpachtungen die Gemeinden unter allen Umständen zu bevorzugen.

Abg. Dr. Meyer (Komm.) beantragt Beratung.

Der Antrag wird bei schwacher Beteiligung angenommen.

Um 4.30 Uhr wird die Weiterberatung vertagt auf Montag, den 27. März, 1 Uhr nachmittags. Außerdem Landwirtschaftsetat.

Deutsches Reich.

Außenpolitische Besprechungen beim Reichs-
kanzler.

11. Berlin, 19. März. Vorgestern nachmit-
tag fand im Reichstag eine Besprechung des
Reichskanzlers Dr. Brüning und des Außenmini-
sters Dr. Brüning mit den Vertretern der
Kommunistenpartei statt. Es handelt sich nicht
um Steuerfragen, sondern um Angelegenheiten
der Außenpolitik, die, wie es scheint, mit dem
neuen Sachverhalt in Zusammenhang
stehen. Die Besprechung war vertraulich.

Otto Wiedfeldt, Postminister in Washington.

12. Berlin, 18. März. Als aussichtsreichster
Kandidat für den Postministerposten in Washing-
ton gilt der Direktor der Krupp'schen Werke, Ge-
heimer Oberregierungsrat Dr. Otto Wied-
feldt. Es ist anzunehmen, daß seine Ernenn-
ung bald erfolgen wird.

Gegen eine neue Getreideumlage.

13. München, 17. März. In der Vollversammlung
des bayerischen Landesausschusses wurde der Antrag
des Ausschusses, der sich gegen die Beibehaltung der
Getreideumlage richtet, angenommen.

Das Moratorium.

Das Moratorium für 1922 bewirkt?

14. Paris, 19. März. Das Cablogramm
über die gestrigen Verhandlungen der Pariser
Wiedergutmachungskommission schreibt: Die
Mehrheit der Kommission hat sich auf den
Grundgedanken eines Moratoriums für Deutschland
geeinigt. Ueber die Grundlage desselben ist
man aber noch zu keiner Einigung gekommen.
England und Italien wollen die deutschen Zah-
lungen auf 500 Millionen Goldmark festgesetzt
sehen, die Franzosen und Belgier auf 750 Mil-
lionen. Das Blatt meint, daß es wahrscheinlich
sei, daß man sich auf eine mittlere Summe, etwa
600 Millionen Goldmark einigen wird.

Die Frage der deutschen Zahlungsstundung.

15. Paris, 19. März. Wie bereits mitge-
teilt, ist die Entscheidung der Reparationskom-
mission über die Stundungsfrage auf nächsten
Montag verschoben worden. Die Hauptaufgabe
der Reparationskommission und der Hauptbe-
standteil einer Entscheidung wird in der Fort-
setzung der ganzen Reform und der Budgetgaran-
tien bestehen, die der Reichsregierung als Bedin-
gungen für die Ausführung der Stundung aus-
erlegt wird. Wenn diese Garantiebedingungen
nicht eingehalten werden, soll nach dem Willen
der Reparationskommission der Londoner Ver-
trag wieder in Kraft treten.

Das Ergebnis der alliierten Finanzminister-
konferenz.

16. Paris, 19. März. Der Finanzaus-
schuß der Kammer tagte vorgestern in Anwesen-
heit des Finanzministers de Lasteyrie. Der Fi-
nanzminister gab Erklärungen über die Ver-
handlungen, die dem Finanzabkommen vom 11.
März vorausgingen, und über die Vorteile, die
das Abkommen zu bieten scheint. Das Abkommen
bedeutet eine Liquidierung der Vergangenheit.

Das Reparationsabkommen wurde auf der all-
iierten Finanzkonferenz erörtert, nachdem die Fra-
gen der Organisation einer wirksamen Kon-
trolle über die deutschen Finanzen besprochen
waren, einer Kontrolle, die sich auf die Zoll-
nahmen, den Devisenverkehr, die Reichsbank und
das Budget erstrecken sollte. Nach Ansicht der
französischen Regierung müßte Deutschland äußere
Anleihen abschließen, um seine Verpflichtungen
erfüllen zu können, Anleihen, die sichergestellt
würden durch die Bergwerke, Zolleinnahmen,
Eisenbahnen usw.

Was die internationalen Schulden anlangt, so
lehnte Frankreich den ihm zufallenden Anteil nicht
ab, es sei aber augenblicklich nicht in der Lage,
zu bezahlen. Es müsse also unter den Alliierten
eine Verständigung getroffen werden.

Der Finanzminister gab alsdann noch Auf-
klärungen über das Verlangen der amerikanischen
Regierung hinsichtlich der vollständigen Beza-
hung ihrer Besatzungskosten. Schließlich er-
klärte er, daß das Finanzabkommen vom 11.
März zur Ratifikation des Parlaments unter-
liege.

Die Reparationszahlungen für 1922.

17. Paris, 17. März. Wie Journal des De-
bats mitteilt, hat die Reparationskommission heute
die Prüfung der deutschen Note vom 28. Januar
beendet. Vermutlich werde die Reparations-
kommission sehr bald in der Lage sein, ihre Ent-
scheidung über die von Deutschland im Jahre 1922
zu verlangenden Reparationszahlungen und über
das Garantiesystem zu fällen, das die deutsche Re-
gierung durchführen soll.

18. Paris, 17. März. Der New York Herald
meldet, daß die Reparationskommission, die heute
die Entscheidung über die Reparationen treffen soll,
Deutschland für 1922 700 Millionen Goldmark in bar
und 1200 Millionen in Sachleistungen auferlegen
wird.

Frankreich und das Bemelmans-Abkommen.

19. Paris, 17. März. Havas stellt in einer
offiziellen Veröffentlichung fest, daß im Anschluß an
die Berliner Verhandlungen des belgischen Dele-
gierten in der Reparationskommission, Bemelmans,
Frankreich, das von dem Bemelmans-Abkommen
in aller Form ausgeschlossen sei, sich erneut mit der
deutschen Regierung in Verbindung setzen müsse,
nachdem es die Alliierten davon in Kenntnis gesetzt
habe. Die von Berliner Beamten des französischen
Ministeriums für die befreiten Gebiete geführten
Verhandlungen hätten zu Abmachungen geführt, die
zwar Frankreich die Vorteile des Wiesbadener Ab-
kommens sichern, aber das im Bemelmans-Ab-
kommen vorgesehene Verfahren für Vergebung der
Schulden und Preisbestimmungen auf Frankreich
nicht ausdehnten.

Ausland.

Italien.

20. Rom, 18. März. Die Militärdiktatur über
Italien ist proklamiert. Alle Lokale müssen um 8
Uhr abends geschlossen sein. Nach 10 Uhr darf sich
niemand mehr auf den Straßen aufhalten. Die
Stadt ist hermetisch abgeschlossen. Die Kontrolle
über die Fremden ist sehr streng, und die Bewohner
dürfen ihren Wohnsitz nicht verlassen. Der ameri-

kanische, englische und französische Konsul haben
ausführliche Berichte an ihre Regierungen über die
Zustände in Rom geleitet. Die Jugoslawen in
Rom haben die belagerte Regierung erlöst,
ihren Schutz einem fremden Vertreter anzuver-
trauen.

Westfalen und Rheinland.

* Schwerte, 18. März. Diebstahlschreck. Gestern
Nacht wurde auf dem Baugebiet im „Grünthal“ ein
der Eisenbahndirektion gehörender 10pferdiger
Elekto-Motor gestohlen. Von den Tätern und auch
von dem sehr wertvollen Diebstahl noch jede
Spur.

* Hagen, 18. März. Brand. Donnerstagabend
brannte in der Eisenwerkstraße ein der Firma H.
A. Schröder und Co. gehöriger Schuppen, der als
Aufbewahrungsraum diente, nieder. Durch die
starke Rauchentwicklung mußte die Berufsfeuerwehr
mit dem Rauchschuttschlauch vorgehen, wobei sich die
Böscharbeiten sehr schwierig gestalteten.

* Gelsenkirchen, 18. März. Raub. Freitag mor-
gen gegen 6 Uhr als die Ehefrau eines in der Her-
zogstraße wohnenden Arbeiters, der sich schon zu sei-
ner Arbeitsstätte begeben hatte, die Stuben-üre ab-
schließen wollte, traten 2 Männer in die Wohnung
und verlangten von der Frau unter vorgehaltener
Revolver ein Fahrrad und Geld. Die Frau erklärte,
daß sie weder Geld noch Fahrrad habe, was aber
ohne Einfluß blieb, denn nun gingen die beiden
Kerle an, die Wohnung zu durchsuchen und stahlen
3000 M. Dann verschwanden die beiden Räuber.

* Hagen, 18. März. Reite-Verbrechen. Zwei
junge Burden im Alter von 16 bis 17 Jahren wur-
den gestern in das hiesige Gefängnis eingeleitet.
Dieselben sind aus der Fürstengrube eingeleitet
anläßlich Wettkämpfen ausgebrochen und seitdem
beständig und fleißig umhergezogen. Sie geben nicht
weniger als 13 leichte und schwere Diebstähle zu.

In Dülmen nahmen sie aus dem Wagen eines Ar-
ztes eine Tasche mit ärztlichen Werkzeugen, welche sie,
entkündigt über den Erfolg ihres Diebstahls, in einen
Bach warfen. Außerdem stahlen die Burden durch
eine von ihnen zertrümmerte Fensterhebel in die
Schule von Langerlohn-Prähof bei Gelsenkirchen,
erbrachen dort Schränke und Kasse und nahmen 1 Fuß-
ball, 1 Fußball, einige kleine Bälle und eine Geige
mit sich. Ferner entleerten sie am Witzhäger
das Dach der Fürstengrube anläßlich Haus Halle
bei Gelsenkirchen, stiegen durch ein Dachfenster und eig-
neten sich 4 Zivildinge von Zöglingen an. Am
17. d. M. wurden sie dann endlich bei Bessum von
dem Oberlandjäger Weiland aufgegriffen.

* Dülmen, 19. März. Geisteskrankheit. Seit längerer
Zeit wurde die Familie eines Landwirts durch aller-
lei Spuk in Aufregung versetzt. Seine Frau durch
die Fenster, zertrümmerten Scheiben usw., ohne daß
der Urheber festgestellt werden konnte. Die tollsten
Bemerkungen wurden laut, als es auch der Polizei
zunächst nicht gelang, die geheimnisvolle Sache auf-
zuklären. Jetzt hat man den Geist in der Person des
Dienstmädchens entlarvt. Das Mädchen hatte den
Spuk angezettelt, weil es gegen den Willen seiner
Eltern die Stelle in dem betreffenden Hause auf-
gegeben wollte.

* Witten, 15. März. Unterschlagungen. Hier
wurden vier Beamte der hiesigen Stadthauptkasse
wegen Unterschlagung von mehreren hunderttausend
Mark verhaftet. Bei den unterschlagenen Geldern
handelt es sich in der Hauptsache um eingezahlte
Lohnsteuersteuern.

* Köln, 15. März. Unterschlagungen. Ein Bankan-
gestellter einer großen Bank unterschlug nach und
nach durch Vornahme von Fälschungen etwa 2 000 000
Mark. Den größten Teil des Geldes soll der unge-
heure Angefallte bei hohen Remetten verloren
haben.

* Trier, 15. März. Die gefährlichen Diebe. Das
französische Militärgericht verurteilte eine Anzahl
Bürger, die in Gersheim „Ich bin ein Preuße“ und
„Deutschland über alles“ gejubelt hatten, zu zwei
bis zehn Tagen Gefängnis und 500 bis 1500 M.
Geldstrafe.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 20. März.

N. Marien-Angebot. Wie aus einer Anzeige
der heutigen Zeitung hervorgeht, wird das hie-
sige Lyzeum am Donnerstag, den 23. März 1922,
im großen Saale des Gesellschaftshauses eine größere
Schulfest, bestehend aus dramatischen Vorfüh-
rungen, veranstalten. Ueber die Spielfolge sei
folgendes mitgeteilt: Zuerst werden sich die
Schülerinnen der Mittelstufe auf der Bühne gel-
ben und das dramatisierte Märchen „Schneeweiß-
chen und Rosenrot“ in drei Aufzügen von N.
Busch zu Gehör bringen. — Nun kommt die Ober-
stufe zu ihrem Recht. Es schließt sich das herr-
liche „Jugenderleben“ von Robert Schumann an.
Ein. Geibel schuf bekanntlich den Text zu dieser
Komposition, Herrn. Ripper hat das Werk für
dreistimmigen Frauenchor (Solo und Chor) ein-
gerichtet. Zu diesem Vokalwerke tritt dann noch
die schöne Klavierbegleitung und was vor allem
dazu gehört: der Zigeunerinnen-Reigen. Dem
Schluß des Abends nimmt „Möwenbrädel“, ein
Singspiel für Mädchen, ein. Diese Mädchen-
entfaltung der Feder von Emil Voß-Dres-
den und ist zum Teil für weibliche Stimmen —
Solo und Chor — eingerichtet und mit Klavier-
begleitung versehen von Ferd. Wilmann, eben-
falls aus Dresden. Da die Rollen des Sings-
piels in guten Händen liegen, der Chor, der von
den drei oberen Klassen gebildet ist, auch seine
volle Schundigkeit tut, so steht allen Bürgern von
Bocholt und Umgegend am Donnerstag ein ge-
nussreicher Abend bevor. Es geht deshalb an alle
Freunde und Gönner des Marien-Angebots die
dringende Bitte, sich in diesen Tagen, wenn Kin-
derhand eine Karte — der Eintrittspreis beträgt
nur 6,00 Mark — anbietet, sich mit einer solchen
an versehen, zumal der Reinertrag für die In-
standhaltung der Kapelle des Lyzeums bestimmt
ist. Auch sind Karten zu erhalten im Lyzeum
und in der Buchhandlung Jos. Neuenhaus.

g. Bund der Kinderreichen zum Schutze der
Familie. Die gestrige Monatsversammlung, die
im Jugendheim Liebfrauen stattfand, wurde
vom Vorsitzenden Herrn Meyer eröffnet. Nach
Beratung und Genehmigung des letzten Proto-
kolls erbat Herr Kieger eingehend Be-
willing über die in Ministerialgebot Vertretung
sammlung des Bundes, über welche seiner Zeit
schon in der Presse berichtet wurde. Die Rat-
teffrage soll bis zur nächsten Versammlung zu-
rückgestellt werden, um durch eine regere Aus-
sprache über diesen Punkt die Meinung der Mit-

glieder zu hören.
a. Diebstähle
tor hatten Gäste
mit Mör. Die
Diebe ermitteln
herbeischaffen bis
geleert waren, —
den in der Herd-
dungsstunde gefolgt
telt und dem Be-
geben werden.
s. Wer ist
Marie Van der
Diebstahl herrühren
Befahren kann na-
a. Sorgfältige
ist, wie das Publikum
Gepäckstückes auf D
trägt das Publikum
pung und schließlich
das Gepäckstück nicht
Reisenden sowie der
und deutlich ausgedr
nen richtigen Weg
für die Signierung
besten Signierung
oder Holz, die nicht
wenn sie mit gepö
haben fest angebun
über Wäsche, Abgan
nen auch im Innern
eines Zettels erken
Liebesbrief müssen
fernt werden, weil
kalt geben.

Die Gängerin

Roman von Franz Treller.

(Nachdruck verboten.)

Der Gräfin bisser so komisches Gesicht nahm
an, als er den Ausdruck sah.

„Was ist das, was es scheint, man starrt in den
Augen, aber man muntelt von Prinz
Rau.“

„So? Von wem das ausgeht?“

„Ich weiß nicht, aber ich bin sicher, daß die Gräfin Ag-
las das meint.“

„So? Die kleine, kostbare Märchen-
bilde, die ich in der letzten Nummer
als Minister seine Entlassung erhielt. Und zu
meinst es sei wirklich jemand hier, der mich damals
in Halle gesehen und nach Jahren wiedererkannt
hat?“

„Es muß wohl so sein, wie sollte man sonst
darauf kommen?“

„Nun, wenn es auch in der Tat der Fall wäre,
es ist gleichgültig.“

„Aber man hat Sie als junge Frau gesehen!“

„Das wäre in der Tat ein seltsamer Zufall, aber
ich bin nicht bekümmert, der Beweis dürfte
schwer zu führen sein. Also die gute Aglas —“

„Nun kommt aber noch die Gängerin!“

„Welche Gängerin?“

„Die Gräfin entließ sich im Augenblick nicht,
daß ihr Mann ihr von der Debitantin gesprochen.
„Sie ist hier so schön und schön und so ähnlich
sein soll, und da muntelt man — diese ist die
Gängerin.“

„Die Gräfin wurde sehr bleich und atmete schwer.“

„Nach einer Weile sagte sie:
„Ich wollte, das Weiden, dem ich damals das
Leben gab, lebte noch, es wäre doch etwas, das mich
an dieses Leben fesselt, und doch ist es gut, daß
es so früh von der Erde schied, es ist ihm viel Leid
erpart worden.“ — Also, so ähnlich sieht mich die
Gängerin?“

„Es soll so sein.“

„Sie fielen ihr auch ihres Gemahls Andenken
an.“

„Du hast sie nicht gesehen?“

„Nein, aber die Leute sprechen davon. Ich mußte
Ihnen das sagen, damit Sie vorbereitet sind.“

„Ich danke Dir, Babette!“

„Ach, wenn ich doch damals auch hätte bei Ihnen
sein können.“

„Nein, dich nicht auf, ich dürfte dich nicht bei
mir haben, um das Geheimnis nicht zu gefährden.“

„Also, so geht man gegen mich vor? Die Gängerin
will ich mir morgen ansehen und ansehen, ich
bin doch begierig, mein Ebenbild zu schauen. Nun
geh meine gute Agla, wenn die Kutschknecht
verleumdet, bringt es nur ihnen selbst Schaden,
geh meine Babette, und mache Dir keine Sorgen,
das ist nichts, der Hien springt auf den Schülern
zurück.“

Die alte Frau ging.

Die Gräfin hat hart vor sich hin und Mien
nachgedacht.

„Sie sagte, wie unbewußt einem Gedanken
Worte verfallen, mit tiefer Innigkeit.“

„Mein Kind? Ach, ich wollte, die bösen Zungen
sprächen wahr.“

Marie war in glücklicher Stimmung aus dem
Theater zurückgekehrt.

Die Komplimente, die sie auf der Bühne anho-
rte, mußte, nachdem der Fälschler applaudiert hatte,
eben wenig Wirkung auf sie aus, denn ihren
Erfolg schrieb sie dem zu, der in strenger Schulung
ihre Stimme gebildet und sie zur Gängerin gemacht
hatte.

Sie war so erregt, um schlafen zu können, und
schrieb noch einen langen Brief an „Onkel“ Hoff-
mann, um ihrem Herzen Luft zu machen.

„Deutlich spiegelte er freudig gebogene Stimmung
und innige Dankbarkeit wider.“

Auch Gräfin, die sich eine herrliche Jume-
lung zu dem so hochbegabten und kindlich-lebens-
würdigen Mädchen gefast hatten, freuten sich ihres
künstlerischen Erfolges nicht wenig.

So Marien Lieberhaltung ließ sich am anderen
Tage ein Fräulein von Berg bei ihr melden, von
der Frau Gräfin Marie sagte, daß sie eine Dame
der Hofgesellschaft sei, und alsbald tauchte auch
das magere, jugendliche aufgewachte Fräulein vor
ihre auf.

Marie empfing die spinnliche Dame, deren Augen
mit nicht gerade seiner Neugierde an ihrem
Gesicht haften, mit einfacher Höflichkeit.

„Nun führt der Wunsch zu Ihnen Fräulein
Marion, ja, ich möchte sagen, das Bedürfnis,
Ihnen den aufrichtigen Dank für Ihre so köstliche
Wiedergabe der „Agla“ auszudrücken. Es ist
nur eine Stimme der Anerkennung unter uns
allen.“

Marie dankte für die im Besuche Fräulein von
Bergs liegende Freundlichkeit.

„Ich bin erlöst“, fuhr das Fräulein fort, „Sie
auch im Leben noch so jung zu finden. Das Bil-
denklich taucht ja so über das Alter der Künstler,
aber Sie können ja kaum achtzehn bis neunzehn
Jahre alt sein!“

„Ich zähle bereits zwanzig, mein gnädiges Fräulein.“

„Ihre Künstlerkarriere ist ja jugendlichem Alter
entzogen.“

„Ist so geradezu klammernwert. Welches unserer Kon-
servatorium kann sich rühmen, Sie ausgebildet
zu haben?“

„Ich habe nur den Unterricht des Kapellmeisters
Hoffmann in A. genossen.“

„Es muß ein vorzüglicher Lehrer sein.“

„Ja das ist er“, erwiderte Marie mit stolz auf-
leuchtenden Augen.

Fräulein von Bergs jugendliche Seele klopfte
hervor, daß der Lehrer auch der Amoroza der
Schülerin sein werde.

„Ich hoffe, Sie werden sich in unserer kleinen
Residenz bald recht wohl fühlen und das Leben
der großen Stadt nicht vermissen.“

„Ich bin durch großstädtisches Leben nicht ver-
wöhnt, auch ist meine Welt die Musik, und die
umgibt mich auch hier.“

„Gut künstlerisch gedacht, die Kunst ist das echte
Rückgrat der Heimat, doch ich darf wohl fragen, welche
irische Sie Ihre eigene nennen? Sie stammen
gewiß aus dem Süden; denn von dort kommen
nur die schönen Stimmen!“

„Meine Heimat ist A.“

„Oh, A. ist eine schöne Stadt, ich kenne sie. Ich
darf wohl vermuten, daß hinter dem Namen Wa-
rion ein vornehmer Name verbirgt!“

Marie begann die Witzbegier des Fräuleins un-
angenehm zu werden, und sie entgegnete mit höf-
licher Kühle:

„Sie irren, mein gnädiges Fräulein, der Name
Marion verbirgt keinen vornehmeren.“

Hoffmann hatte ihr gesagt: „Du brauchst, was
Deine häuslichen Verhältnisse anbelangt, nicht zu
lügen Kind; halt aber auch ebenbürtigen Urteils,
aufrichtige Neugier zu bezeugen.“

Fräulein von Berg sagte, daß sie etwas zu
schnell vorgegangen war und eine Niederlage er-
litten hatte.

„Sie verstehen, daß ich diese Frage an Sie
richtete, aber ich glaube, daß Sie untern Ge-
sellschaftsfreien angehört“, sagte sie darauf.

„Nicht erwiderte Marie, „Ich bin nichts, als
die Opernsängerin Marion.“

Fräulein von Berg erhob sich.

„Ich fühle, daß ich Ihre Zeit schon zu lange
in Anspruch genommen habe. Es war mir ein Be-
dürfnis, Ihnen zu sagen, welche hohen Genus Sie
uns bereiten haben, und wie sehr wir uns glücklich
schätzen, eine Künstlerin von Ihrer Begabung die
unsern zu nennen.“

Sie verabschiedete sich mit weniger Freundlich-
keit, als sie erlitten war.

Marie wollte es bedauern, daß diese Dame
mehr die Neugierde als der Wunsch, ihr Artiges
zu sagen, herbeigeführt habe, obgleich sie nicht begriff,
was diese Neugierde hervorgerufen konnte.

Die bald darauf eintretende Frau Gräfin sagte
ihre das Fräulein von Berg als eine böse Junge
in ihren Kreisen bekannt sei, und rief ihr, bei
etwas ferneren Vertiefung sehr vorzüglich in ihren
Lehrungen der Dame gegenüber zu sein.

Fräulein von Berg begab sich von Marie Komu-
strals zu Frau von Aglas.

„Nun?“ fragte diese, die von dem Besuche ver-
stündigt war.

„Die Ähnlichkeit ist in der Tat frappant, wenn
man sie in der Nähe sieht. Das Opernfräulein
ist übrigens ein hochnütziges Ding und sehr zurück-
haltend. Ich habe nicht mehr erfahren, als daß
sie aus A. stammt und bei einem Kapellmeister
Hoffmann, der entlassen ist, unterrichtet worden
hat. Auch ist gewiss das Fräulein von Marie
Marion ein angenommen.“

„Aus A. kommt sie?“ fragte enttäuscht Frau von
Aglas, „das würde nun wirklich stimmen!“

„Wer man könnte sich doch dort nach ihr er-
kundigen; der Kapellmeister Hoffmann gibt einen
Anhaltspunkt dafür. Ich habe eine Freundin dort
und kann ja leicht bei ihr anfragen.“

„Ja, tun Sie das, liebe!“

„Es wäre doch unendlich interessant, wenn uns
der Zufall eine so nahe Verwandte der Frau Gräfin
hergeleitet hätte!“

„Wie benimmt sich denn das Mädchen?“

„Nun, sie besitzt die Mienen einer Theaterdame
— etwas gemacht Vornehmes.“

„Sicherlich möchte ich mir über ihre Herkunft
Gewissheit verschaffen.“

„Ich werde sofort schreiben!“

„Man wird ja zwar alle Spuren jener Ereignisse
fortwährend vernichten haben, aber — wußte übrigens
das Mädchen, daß es Ähnlichkeit mit jemand hier
hat?“

„Vermutlich weiß sie es bereits, wenn nicht,
wird sie es bald genug erfahren.“

„Es ist doch ein seltsames Zusammentreffen mit
anderen Nachrichten von Halle. Sollte sie etwa
das Mädchen haben kommen lassen?“

„Wo denken Sie hin? Bei der verräterischen
Ähnlichkeit!“

„Das ist wahr. Schreiben Sie, liebe Berg, aber
recht vorzüglich. Ihr Brief muß die reinste Teil-
nahme für die so begabte, amütierte Künstlerin
atmen, die wir, wenn möglich, in unsere Kreise ge-
hen wollen. Kein Wort von Ähnlichkeit!“

„Verlassen Sie sich darauf, mein Brief wird
vorzüglich gehalten sein. Aber, teure Baronin, sind
Ihre Nachrichten inbezug auf die Gräfin auch zu-
verlässig?“

„Ganz zuverlässig!“

(Fortsetzung folgt)

a. Der Kartoffel-
wird uns geschriebe
Erlaß des Preußische
Kolonialverwaltung ge
Preisveränderung
Nachprüfung der in
Erzeugerpreise für
längerer Auspruch
Wider der Zweckm
preisen für Westfal
die Vertreter der w
darauf hinwirken,
Westfalen ausgebaut
ganzen bereits den
und die Veräußeru
len für die in der
Kartoffeln deshalb
auf die Verfolgung
sich dann jedoch daß
graben Auswüchsen
eine erneute Festst
unter Berücksichtigu
nen Veränderungen
örterung über die
ses wurde nicht all
Landwirtschaft und
von Vertretern den
die Preise so zu be
Landwirte in den b
die teure Lebensha
fere Qualität der w
sichtigung verdient
des Arbeitsauschu
vereine, Frau Pro
ein, im Interesse
ausreichenden Verjo
zur Hebung der Pro
wirten möglichst ho
Nachdem bekannt
dings in der Provin
preis von 120 Mark
her von 105 Mark f
Mark für die besser
gelegt sei, einigte
seitiger Zustimmung
braucher-Vertreter,

ang. Ein Bankan-
terfahung nach und
ngen etwa 2 000 000
des soll der unge-
unverloren

nat.

den 20. März.

aus einer Anzeige
t, wird das Hie-
en 23. März 1922,
auf eine größere
matifchen Vorfüh-
die Spielfolge sei
werden sich die
auf der Bühne ge-
„Schneeweiß-
Aufsagen von N.
kommt die Ober-
ticht sich das her-
ert Schumann an.
en Text zu dieser
at das Werk für
o und Chor) ein-
te tritt dann noch
nd was vor allem
en-Reigen. Den
„Hänsel und Gretel“, ein
Diese Märchen-
Emil Loos-Dres-
liche Stimmen —
und mit Klavier-
Wismann, eben-
Rollen des Sing-
der Chor, der von
et ist, auch seine
allen Bängern von
onnerstag ein ge-
t deshalb an alle
rten-Ensembles die
Tagen, wenn Kin-
trittspreis beträgt
mit einer solchen
trag für die In-
ngens bestimmt
lten im Ensemble
Neynhaus.
zum Schluß der
versammlung, die
stattfinden, wurde
r eröffnet. Nach
des letzten Proto-
r eingehend Be-
te Vertreter der
welche seiner Zeit
wurde. Die Kar-
versammlung zu
eine regere Aus-
Meinung der Mit-

Grabert sagte
ne böse Junge
riet ihr, bei
ichtig in ihren
u sein.

Marie Knur-

n Besuche ver-

Frappant, wenn

Opernrollen im

und sehr zurück-

ahren, als daß

Stapellmeister

ter ist. Unter-

der Name

Frau von

stimmten!

ach ihr er-
ann gibt einen
Freundin dort

unt, wenn ma-

er Frau Gräfin

haben?“

Theaterdame

ihre Herkunft

ener Ereignisse

uchte übrigens

ti jemand hier

wenn nicht,

mentreffen mit

ollte sie etwa

verräterischen

be Berg, aber

reinte Teil-

re Streife ge-

rief wird

Maronin, sind

Gräfin auch zu-

ung folgt

lieder zu hören. Weiterhin soll bei der Stadt der
trag gestellt werden, bei der Geburt des
Kindes einen städtischen Zuschuß von 500 Mark
zu bewilligen, steigend bei jedem weiteren Kinde
um 100 Mark; auch soll bei der Hebammenver-
einigung um eine Ermäßigung der Gebühren bei
Geburtshilfen vorgegangen werden. Zu der in
der nächsten Zeit stattfindenden Reichsbund-Ge-
neralversammlung wurden von Seiten des hiesigen
Ortsbundes folgende Anträge gestellt: 1. den
sog. Mutterlohn zur Durchführung zu bringen,
2. die einzelnen Landesregierungen zu ersuchen,
die kostenlose Lieferung von Schulstufen für
schlecht zahlende Familien zu bewilligen. Auf eine Eingabe an die
hiesige Stadtverwaltung zwecks Zuschusses für
eine billigere Befeuerung der Misch an linder-
reiche Familien teilt jetzt die Stadtverwaltung
mit, daß es voraussichtlich möglich sein wird, für
bedürftige linderreiche Familien, wenn auch in
sehr beschränktem Maße, eine Verbildung
der Misch eintreten zu lassen. Über den Beginn
konne jedoch noch keine nähere Auskunft gegeben
werden. Es soll deshalb ein Verzeichnis angelegt
werden, worin die bedürftigen Mitglieder unter
Angabe der Kinderzahl eingetragen und dann
dem Wohlfahrtsamt übergeben werden wird.
Dieselben Mitglieder, die melnen hierfür in Be-
traht zu kommen, können sich bis Sonntag, den
23. März, bei den Vorstandsmitgliedern Meyer,
Brüderstraße 7, Gerner, Burloerweg 17, und
Hogenkamp, Schwannstraße 64b, melden. Nach-
dem noch weitere interne Angelegenheiten zur
Sprache gebracht und verschiedene Neuaufnahmen
vollzogen wurden, schloß der Vorsitzende die Ver-
sammlung.

o. Diebstähle. In einer Wirtschaft am Mor-
tor stahlen Gäste eine eben angelommene Kiste
mit Wäsche. Die Polizei konnte aber bald die
Diebe ermitteln und das gestohlene Gut wieder
herbeischaffen bis auf einige Flaschen, die bereits
geleert waren. — Einem armen Uhrmacher wur-
den in der Herberge mehrere Uhren und Klei-
dungsstücke gestohlen. Der Täter konnte ermit-
telt und dem Bestohlenen die Sachen wiederge-
geben werden.

s. Wer ist Eigentümer? Ein Damenjahrad,
Marke Panzer (Brunniger) anscheinend von einem
Diebstahl herrührend ist beschlagnahmt worden. Die
Bestohlene kann näheres Gogelstraße 13 erfahren.

a. Geringfügige Gewandauflösung. Nicht immer
ist, wie das Publikum oft glaubt, der Verlust eines
Gewandstückes auf Diebstahl zurückzuführen. Sehr oft
trägt das Publikum die Schuld an einer Verschlep-
fung und schließlich an dem Verlust selbst, wenn es
das Gewandstück nicht durch Angabe der Adresse des
Reisenden sowie der Adresse und Zielstation so fest
und deutlich äußerlich gekennzeichnet hat, daß er sei-
nen richtigen Weg bei der Eisenbahn gehen muß.
Für die Signierung der Gewandstücke eignen sich am
besten Signierbänder aus Blech, Leder, dicker Kasse
oder Holz, die nicht so leicht abreißen können, zumal
wenn sie mit gepulvertem Draht oder gutem Bind-
faden fest angebunden sind. Die gleichen Angaben
über Adresse, Abgangs- und Bestimmungsort sollten
auch im Innern des Gewandstückes durch Einlegen
eines Zettels erkennbar gemacht werden. Alle Be-
schreibungen müssen vor jeder Reise sorgfältig ent-
fernt werden, weil sie leicht zur Verschleppung An-
laß geben.

a. Der Kartoffelpreis. Von ausländischer Seite
wird uns geschrieben: Die Mitglieder des gemäß
Erlaß des Preussischen Staatskommissars für
Kohlernahrung gewählten westfälischen Kartoffel-
preisausschusses traten am 8. ds. Mts. zwecks
Nachprüfung der im Januar ds. Jrs. festgesetzten
Erzeugerpreise für Kartoffeln zusammen. In
längerer Aussprache wurde zunächst das für und
Wider der Zweckmäßigkeit von Angemessenheits-
preisen für Westfalen überhaupt erörtert, wobei
die Vertreter der Landwirtschaft und des Handels
darauf hinwiesen, daß ihres Erachtens die in
Westfalen angebauten Kartoffeln im großen und
ganzen bereits den Erzeugern zugeführt seien,
und die Neuverteilung von Angemessenheitsprei-
sen für die in der Provinz Westfalen erzeugten
Kartoffeln deshalb wenig Zweck habe, ja schädlich
auf die Versorgung wirken könne. Man einigte
sich dann jedoch dahin, daß zur Verhinderung von
groben Auswüchsen auf dem Kartoffelmarkt eine
erneute Festsetzung von Kartoffelpreisen,
unter Berücksichtigung der inzwischen eingetrete-
nen Veränderungen, erfolgen sollen. Bei der Er-
örterung über die Höhe des festzusetzenden Prei-
ses wurde nicht allein von den Vertretern der
Landwirtschaft und des Handels, sondern auch
von Vertretern der Verbraucher vorgeschlagen,
die Preise so zu bemessen, daß die westfälischen
Landwirte in den übrigen Provinzen, wobei auch
die teure Lebenshaltung im Westen und die bes-
sere Qualität der westfälischen Kartoffeln Berück-
sichtigung verdienten. Besonders die Vertreterin
des Arbeitsausschusses Deutscher Hausfrauen-
vereine, Frau Professor Krämann, trat dafür
ein, im Interesse einer möglichst schnellen und
ausreichenden Versorgung der Haushaltungen und
zur Hebung der Produktionsfreudigkeit den Land-
wirten möglichst hohe Preise zu bewilligen.

Nachdem bekannt gegeben war, daß neuer-
dings in der Provinz Hannover ein Kartoffel-
preis von 120 Mark und in Pommern ein sol-
cher von 105 Mark für weißfleischige und von 115
Mark für die besseren gelbfleischigen Sorten fest-
gesetzt sei, einigte man sich schließlich unter all-
seitiger Zustimmung, insbesondere auch der Ver-
braucher-Vertreter, zu nachstehendem Ergebnis:

„Für weißfleischige rote und weiße Kartoffeln
in sortierter und guter Handelsware wird ein
Erzeugerpreis von 125 Mark, für ebenfolge gelb-
fleischige ein Erzeugerpreis von 135 Mark je
Zentner festgesetzt. Diese Preise verstehen sich
waggonfrei Verladestation.“

Diese Preise bedeuten gegenüber den Anfang
Januar ds. Jrs. festgesetzten Preisen eine Steige-
rung um rund 50 Prozent. Für die Einmütigkeit
des Ausschusses in der Bewilligung dieses Prei-
ses war außer der Rücksicht auf die seither er-
folgte weitere Geldentwertung und die Steige-
rung der Kosten der Lebenshaltung im allgemei-
nen, wie der landwirtschaftlichen Produktions-
kosten im besonderen hauptsächlich wohl die Er-
wägung maßgebend, daß auch bei diesen Preisen
die Verbraucher die anerkannt besseren und besser
sortierten westfälischen Kartoffeln noch zu den
selben Preisen erhalten können, wie die weniger
guten Kartoffeln aus den übrigen Provinzen.
Auf gegebene Anregung versprachen die anwe-
senden Vertreter der westfälischen Landwirtschaft,
ihren ganzen Einfluß aufzubieten, um die Land-
wirte zur baldmöglichsten Ablieferung aller
irgendwie entbehrlichen Kartoffelvorräte zu ver-
anlassen.

Von der Festsetzung von Groß- und Klein-
handelszuschlägen wurde abgesehen, da dies nach
den maßgebenden Bestimmungen des Staatskom-
missars für Volksernährung nicht zu den Auf-
gaben des Kartoffelpreisausschusses gehört.

(Borken, 18. März. Volksbüro. Vom Volks-
büro Borken werden am Dienstag, den 21. März
Sprechstunden abgehalten und zwar von 11.30 Uhr
bis 3 Uhr in Gelscher, von 4—6 Uhr in Velen,
von 7—9 Uhr in Ramsdorf. Auskunft wird er-
teilt in Steuer-, Gewerbe- und Erbschaftsachen, in
Sachen der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hin-
terbliebenenversicherung und ähnlichen öffentlichen
Rechtsfragen.

a. Borken, 19. März. Die Landkrankenkasse
des Kreises Borken veröffentlicht in dieser Num-
mer eine Bekanntmachung, in der sie die Mit-
glieder darauf hinweist, daß es in ihrem eigenen
Interesse liegt, während der Dauer des vertrag-
losen Zustandes die Vergütung nur in den unbedingt
notwendigen Fällen in Anspruch zu nehmen. In
welcher Höhe die von den Mitgliedern der Ver-
sicherung direkt gezahlten Honorare von der Kasse er-
stattet werden, ist aus der Bekanntmachung zu
ersehen.

Neueste Nachrichten.

Der Aufstand in Südafrika beendet.

W.B. Johannesburg, 19. März. (Drhtb.) Die
Gewerkschaften erklärten den Aufstand für
beendet. Ministerpräsident Smuts erließ einen
Aufruf zur Unterwerfung der durch den Aufstand
im Randgebiet Gekapigten.

Die Affäre Heimann.

W.B. Nancy, 19. März. (Drhtb.) Das
deutsche Mädchen Marcelle Heimann ist gestern
von ihrer Mutter in Nancy abgeholt worden,
nachdem die deutsche Botschaft in Paris das
Pflegegeld bezahlt hatte.

In englisches Gutachten über Mitteleuropa.

W.B. Paris, 19. März. (Drhtb.) Laut
einem Bericht des Cajo de Paris ließ die eng-
lische Regierung vor einigen Tagen in Berlin
und Paris den Bericht ihrer Sachverständigen
für die Genuefer Konferenz abgeben. Der Be-
richt wird in den nächsten Tagen den alliierten
Sachverständigen übergeben werden und beschäf-
tigt sich in der Hauptsache mit Rußland, insbe-
sondere mit dem Plane der Rückzahlung der
Schulden an Frankreich und der Wiederherstel-
lung der Ältern und Kapellen. Der übrige Teil
des Dokumentes behandelt hauptsächlich die Wie-
derherstellung der Goldwährung. Wie das Blatt
weiter schreibt, gewinnt man aus dem Dokument
den Eindruck, daß England sein Hauptinteresse
darauf richtet, Mitteleuropa wiederherzustellen.
Nach anderen Meinungen handelt die Denkschrift
auch von den Verkehrsproblemen.

Vertrauensvotum für Gunaris.

W.B. Paris, 19. März. (Drhtb.) Savas
meldet aus Athen: Die griechische Kammer sprach
mit 164 gegen 86 Stimmen Gunaris ihr Ver-
trauen aus bei 53 Stimmenthaltungen. Die
Minister stimmten nicht mit, 15 Anhänger von
Gunaris waren nicht anwesend.

Rußland und Genoa.

II. Paris, 19. März. (Drhtb.) Tschitsche-
rin richtete unter dem 15. März an Poincare
ein Telegramm, in dem es heißt: Die russische
Regierung verheißt sich die grundlegenden Diffe-
renzen zwischen dem politischen und wirtschaftli-
chen Regime der Sowjetrepublik und den bür-
gerlichen Staaten nicht und so hält sie es für nö-
tig, daß ein Einvernehmen zustandekomme
müßte, daß eine fruchtbare Zusammenarbeit auf
wirtschaftlichem Gebiete zwischen den beiden
Kategorien ermöglichen könnte. Die Konferenz
von Genoa müßte sich radikal von den früheren
europäischen Konferenzen unterscheiden. Es dürfe
keinen Unterschied zwischen Sieger und Besiegten
zwischen großen und kleinen Staaten, zwischen
sowjetischen und bürgerlichen Regierungen ge-
ben. Zu ihrem tiefen Bedauern stellt die russi-
sche Regierung fest, daß die Haltung der Groß-
mächte vor der Konferenz befürchten lasse, daß ein

Teil der eingeladenen Staaten vor bereits vorher
gestellte Entschärfungen gestellt wurde. Unter die-
sen Umständen müßte die Konferenz Entschärfen
verzeichnen, die im Voraus von einem gewissen
Block von Regierungen festgesetzt wurden. Diese
Taktik macht die Konferenz in ihrer ursprüng-
lichen Form unmöglich. Wenn es wahr ist, daß
dieser Block von Regierungen die Absicht habe,
Projekte vorzulegen, die mit der Souveränität
der russischen Regierung und der Unabhängigkeit
des russischen Staates unvereinbar sind, dann
müßte festgestellt werden, daß die Verbannung des
Grundgedankes der Gleichheit und des freien Gedan-
kenaustausches zwischen allen Teilnehmern an der
Konferenz das unvermeidbare Ergebnis haben
wird, daß die Konferenz scheitern muß. Seine
Mittelschlichter folgende: Die Sowjet-
regierung wird sich auf die Konferenz von Ge-
nova begeben, in enge wirtschaftliche Zusammen-
arbeit mit allen Staaten zu treten, die sich gegen-
seitig die Zuverlässigkeit ihrer inner- und außen-
politischen Organisation garantieren, gemäß Ar-
tikel 1 der Bedingungen von Cannes. Die rus-
sische Regierung hat das Recht, zu hoffen, daß
allen Teilnehmern der Konferenz Bedingungen
gestellt werden, welche ihnen erlauben, an der
Lösung der Probleme mitzuarbeiten, die sich auf
der Tagesordnung befinden.

Bekanntmachung.
Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht,
daß das Abladen von Schutt, Scherben, Erde, Kehl-
richt und anderem Unrat auf das Wegegeflände oder
in die Wegegräben verboten ist.

Die Schuttabladestelle für Rhebe befindet sich an
der Schillings Bleiche. Der Schutt ist aber nicht in
der Pappelfläche abzuladen, sondern in den an der
Schillings Bleiche befindlichen Löchern unterzu-
bringen.

Rhebe, den 18. März 1922.

Die Ortspolizeibehörde.
Der Amtmann.

U. a. Unzugriff
Bauer
Zu jedem Jahr für eine
unabhängigen Anzug zur
Bühne des hiesigen Tages-
preises zu verkaufen. 11772
Rhebe, Gärderstr. 18.

Korsett-
Anfertigung

nach Maß, auch bei Stoff-
angabe, neue moderne
elegante Formen, R. mit
Verbinden, U. Korsett,
R. für starke Damen, be-
sondere gut sitzende Hals-
korsetts, Korsetts, Nachsch-
u. Kinder- und Verbin-
denhalter, gute Korsett-
stoffe, beste Einlagen. Im
Frau Schauss,
Hobeltstr. 19, I. E. g.


Zu den bekannt billigen Preisen, bei
besten Ausführung bitte ich an
Breaks
mit und ohne überhauchten Kutschersitze,
Tilburys
weit und schmalspurig,
Kutschkarren
weit und schmalspurig,
Dogcaris, Halblonnon, Tonnenkar,
Jagdwagen mit u. ohne zwei Verdeck,
Kalbs-, Zerkasbstfahrer usw.
Walter Fischer,
Kaiserling 20, Wesel. Fernspr. 621.
Handlung in Gocholte, Duisen, Luxenwaggen,
Größtes Geschäft am Niederrhein. (6903m)

Larif.
§ 1. Für die Beerdigungen auf dem städti-
schen Friedhofe werden für alle in der Friedhofs-
gemeinschaft wohnhaft gewesenen oder innerhalb
dieser verstorbenen Personen folgende Vergütun-
gen erhoben:
1. Für die Beerdigung einer Familien-
grabstätte auf dem Gelände des Eh-
renfriedhofes auf 50 Jahre:
a) für die 4 größeren Felder je 15 000
b) für die 16 kleineren Felder je 7 500
2. Für die Beerdigung der gleichen
Grabstätten auf je weitere 50 Jahre
die Hälfte des zur Zeit der Erneue-
rung gültigen Preises.
3. Für die Beerdigung einer Familien-
grabstätte auf 50 Jahre (§ 4 der
Ordnung) 1 000
4. Für die Beerdigung der gleichen
Grabstätte auf je weitere 50 Jahre,

die Hälfte des zur Zeit der Erneue-
rung gültigen Preises.
5. Für die Gestaltung zur Belegung
von mehr Leichen, als nach § 4 der
Friedhof- und Begräbnisordnung
regelmäßig auf der Grabstätte zulä-
ssig ist, je
6. Für die Ueberlassung eines Erbgr-
bes in fortlaufender Reihenfolge
auf 25 Jahre (§ 4 der Ordnung)
a) I. Klasse je 450
b) II. Klasse je 300
c) III. Klasse je 150
7. Für die Ueberlassung der gleichen
Grabstätte auf je weitere 25 Jahre,
die Hälfte des zur Zeit der Erneue-
rung gültigen Preises.
8. Für die Ueberlassung des Einzel-
grabes einer Genossenschaftsgrab-
stätte in fortlaufender Reihenfolge
auf 25 Jahre (§ 4 der Ordnung) 75
9. Für die Ueberlassung der gleichen
Grabstätte auf je weitere 25 Jahre,
die Hälfte des zur Zeit der Erneue-
rung gültigen Preises.
10. Für die Ueberlassung eines Reihen-
grabes
a) wenn weder das Familienober-
haupt noch der Verstorbene zur
Reichseinkommensteuer veran-
lagt waren
b) wenn das Familienoberhaupt
oder der Verstorbene selbst zur
Reichseinkommensteuer veranlagt
waren:
a) für Kinder bis zu 8 Jahren 20
b) für über 8 Jahre alte Personen 40
11. a) Für die Herstellung eines zu einer
Familien-, Erb- oder Genossen-
schaftsgrabstätte gehörenden Grabes:
1. für Kinder bis zu 8 Jahren 60
2. für über 8 Jahre alte Personen 120
b) Für Herstellung eines Reihen-
grabes
1. für Kinder bis zu 8 Jahren 40
2. für über 8 Jahre alte Personen 80
12. Für Beerdigungen an Sonn- und
Feiertagen erhöhen sich die Vergütun-
gen unter 11a und 11b um 50 Proz.
13. Für die Ausgrabung und Umlegung
von Leichen
a) für Kinder bis zu 8 Jahren 150
b) für über 8 Jahre alte Personen 300
14. Für die Aufnahme von Leichen in
die Leichenhalle 5
15. Für die Benutzung des Obduktions-
raumes der Leichenhalle 75
§ 2.
Für die Beerdigung der Leichen von
Personen, die nicht zur Friedhofsgemein-
schaft gehören, werden die im § 1 ange-
gebenen Sätze im 1/4fachen Betrage er-
höht.
§ 3.
1. Für die gärtnerische Anlage und
Pflege von Gräbern werden d. Preise
entsprechend der gewünschten Ausfüh-
rung berechnet und sind in jedem
Falle mit dem Friedhofamt besonders
zu vereinbaren.
2. Für die Ausstattung einer Beerdigun-
g, durch welche die gewerbsmäßi-
ge Unterhaltung und Ausschmück-
ung der Gräber gestattet wird (§ 29
der Ordnung) jährlich 20
§ 4.
Für die Prüfung und Abnahme vom
Denkmälern ist eine einmalige Gebühr zu
entrichten, sie beträgt:
1. bei einem Holzkreuz für ein Reihen-
grab 10
2. bei einem Gedenkstein für ein Reihen-
grab
a) Kopf- oder Rissensteine, liegende
Kreuze oder Grabplatten 15
b) aufrechtstehende Denkmäler 25
3. bei einem Gedenkstein für ein Einzelgrab
a) Kopf- oder Rissensteine, liegende
Kreuze oder Grabplatten für jede
Grabstelle 20
b) aufrechtstehende Denkmäler für
jede Grabstelle 30
c) für jedes neben einem Denkmal
auf der gleichen Grabstätte ange-
brachte Grabzeichen 15
4. Bei einem Gedenkstein für ein Famili-
engrab
a) Kopf- oder Rissensteine, liegende
Kreuze oder Grabplatten für jede
Grabstelle 50
b) aufrechtstehende Denkmäler für
jede Grabstelle 100
c) aufrechtstehende Denkmäler für
einen Familienbegräbnisplatz auf
dem Gelände des Ehrenfriedhofes 250
b) für jedes neben einem Denkmal
auf der gleichen Grabstätte ange-
brachte Grabzeichen 30
§ 5.
Dieser Tarif tritt am Tage der Veröffentli-
chung in Kraft.
Borken, den 9. März 1922.
Der Erste Bürgermeister.

